

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.20 Mk., bei Selbstabholung 2.10 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., monatlich 30 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauscher Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18608.

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Petitzeile 50 Pfg. und 60%, Feuerungszuschlag = 75 Pfg. Beschl. bei Platzvorkauf 55 Pfg. und 60%. Feuerungszuschlag = 88 Pfg. Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Allgemeiner Ausstand in Berlin?

Berlin vor dem Generallstreik.

Berlin, 5. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Eine vom Vollzugsrat einberufene Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte und Angestelltenausschüsse beschloß folgende Resolution:

Die Vollversammlung erkennt rückhaltlos die Berechtigung des Streikrechts an, das die Generalversammlung der Metallarbeiter an die Metallindustriellen gestellt hat, um die letzten, geringen, dem Proletariat bisher aus der Revolution zugesprochenen Rechte der Arbeiter nicht dem Nachbitteln des kapitalistischen Unternehmertums preiszugeben. Die Vollversammlung erteilt dem Vollzugsrat die Ermächtigung nach ergebnislosem Ablauf des Minimums der Vollversammlung einen Aufruf zum allgemeinen Generallstreik zu unterbreiten.

Darauf ist heute morgen ein vom Vollzugsrat, der fünfzehnerkommission und dem Metallarbeiter, ferner dem Bezirksverband Berlin der U. S. V. D. und der A. P. D. unterzeichneter Aufruf erschienen, der mit den Worten beginnt:

„Die Forderungen der deutschen Revolution werden gewaltsam laut. Die letzten Reste eurer damals erkämpften Rechte sollen euch gerade in diesen entscheidenden Tagen entzogen werden. Der große wirtschaftliche Kampf der Metallarbeiter wähet sich zu einem Machtkampf zwischen Kapital und Arbeit aus.“

Es wird dann noch einmal die Bedeutung des Kampfes geschil- dert, darauf hingewiesen, daß heute abend die Entschel- dung fallen wird, und daß mit der Proklamation des Streiks zu rechnen sei.

Der Aufruf schließt mit den Worten:

„Arbeiter und Angestellte! Männer und Frauen! Die Stunde der entscheidenden Abwehr, des entscheidendsten und erbitterndsten Widerstands gegen Unternehmervöllerei, Ausbeutungsgier und Kampfunterdrückung ist gekommen. Haltet den Kampf aus, haltet euch bereit!“

Wie schon aus ihrer Unterschriftung des Aufrufs hervor- geht, macht die U. S. V. D. nicht mit. Namens des Parteivor- standes erklärte Parteivorstand nach einer Mitteilung von Nusch in der gestrigen Vollversammlung der Arbeiterräte, der Parteivorstand sei der Auffassung, die bisherigen Verhandlungen hätten ergeben, daß die Institution der Arbeiterräte durch die Zugestän- dnisse der Unternehmer gesichert seien. Die übrig-

bleibenden Fragen seien rein wirtschaftlicher Natur. Der Parteivorstand müsse hier ein Eingreifen absehen.

Der Vorstand der Bezirksorganisation Berlin der U. S. V. D. ver- öffentlicht im Vorwärts eine Erklärung, in der es heißt: „Es fehlt in Wirklichkeit jedes Kampfsobjekt, um das der Streik noch auf andere Industriezweige auszudehnen wäre. Wir lehnen nach wie vor jede Einmischung in den in der Metallindustrie ausgedrohten Streik ab, müssen uns aber gegen jede Ausdehnung des Kampfes auf die lebenswichtigen Betriebe, sowie auf die übrigen Zweige unseres ohnehin schwer zerrütteten Wirtschaftslebens wenden.“

Von Vertretern der verschiedenen Berufe wurden in der gestrigen Vollversammlung der Arbeiterräte erklärt, daß die Funktionäre sich bemühen würden, eine weitgehende Beteiligung am Streik herbeizuführen. Mehrfach wurde allerdings be- merkt, daß die Stimmung bei einem Teil der Kollegen zu wünschen übrig ließe. Eine Versammlung der Funktionäre des Eisen- bahnerverbandes beschloß Ablehnung eines Sympathiestreiks für die Metallarbeiter. Eine Versammlung der Vertrauensleute der U. S. V. D. entschied sich für Ablehnung eines Streiks am Generallstreik.

Dem Metallarbeiterstreik schlossen sich gestern 32 000 Metall- arbeiter an.

Wie der Aktionsausschuß mitteilt, wurden mit den verschiedenen Wirtschaftsbereichen bereits Verhandlungen wegen eines Anschlusses an den Berliner Kampf angestrebt.

Berlin, 5. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Heute abend findet eine Vollversammlung der Ber- liner Gewerkschaftskommission statt, in der endgültig Stellung genommen werden soll zur Ein- leitung des allgemeinen Generallstreiks. Es ist kein Zweifel, daß die Sitzung den Generallstreik definitiv beschließen wird.

Verräterfahndung des Vorwärts.

Berlin, 5. November. Der Vorwärts von heute meint: Gestern ist von den spartakistischen (!) Arbeiterräten und -funktionären in Berlin die Parole zum politischen Generallstreik ausgedehnt worden. Der radikale Vollzugsrat ist eine rein politische Körperlichkeit, und wenn er die Parole zum Generallstreik ausstößt, dann will er eine Massenbewegung, an deren Feuer das linksrevolutionäre Süßchen gekocht werden kann. Arbeiter, folgt der Bewegung nicht! Hier wird der Generallstreik zum Generallunfall!

„und Apathie des Patienten, die dauernd zunimmt, sowie die neu- einsetzende Beteiligung des Beintumplings lassen die Hoffnung, Saase am Leben zu erhalten, immer geringer werden.“

Ein Hochverratsprozeß in Halle?

Vor einigen Tagen berichteten wir, daß unser Genosse Herch- landt, der als Leutnant der Reserve die Befugnisse eines Militär- bevollmächtigten in Halle ausübte, in den Hungerstreik eingetreten war, um zu erreichen, daß der gegen ihn anhängig gemachte Prozeß beschleunigt oder seine Entlassung aus der seit Mitte Februar währenden Untersuchungshaft erfolgt. Jetzt ist dem Inhaftierten vom Untersuchungssekretär im Kriegsministerium mitgeteilt worden, daß das Ermittlungsverfahren wegen Hochverrats gegen § 81 des Reichsstrafgesetzbuches und § 100 des Militärstrafgesetzbuches, abge- schlossen und die Erhebung der Anklage in Vorbereitung sei. Danach würde Gen. Herchlandt sich wegen Aufwiegelung und Hochver- rats zu verantworten haben.

„Aufbruch“, „Landesverrat“, „Hochverrat“. Mit Kleinigkeiten gibt man sich bei Konstruktion von Anklagen gegen revolutionäre Arbeiter und Soldaten nicht ab.

Zur Rückkehr der Gefangenen.

Immer noch keine Freilassung der Deutschen in Frankreich. Berlin, 4. November. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Abtransport der Kriegsgefangenen aus England schreitet planmäßig fort. Bisher sind etwa 225 000 Kriegsgefangene heimgekehrt. Es besteht berechtigte Hoffnung, daß die noch in England befindlichen etwa 50 000 Kriegsgefangenen gegen Ende November in die Heimat zurückkehren werden. Die Ge- fangenen aus Ägypten sind gegenwärtig zum größten Teil nach der Heimat unterwegs. Mit dem Abtransport der noch in Rumänien befindlichen Gefangenen kann in nächster Zeit gerechnet werden. Die Zeitungsberichte über den angeblich begonnenen Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich sind unzutreffend.

Eisenbahnzusammenstoß in den Alpen.

Austerre, 4. November. (Savva.) Anlaßlich eines Zu- sammenstoßes zwischen dem Singlonzug und dem Genfer Zug wurden bis heute zwölf Tote unter den Trümmern gefunden. Ungefähr dreißig Verletzte wurden nach Genä und Montreux gebracht. Nach der Erklärung eines Augenzeugen soll es ungefähr 30 Tote und 100 Verwundete gegeben haben.

Die Mitschuldigen.

Berlin, 4. November. Die Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsaus- schusses vom Dienstag glück in mancher Hinsicht einer bür- gerlichen Versammlung, in der die vor dem Untersuchungsaus- schuß erschienenen Staatsmänner des alten Regimes um die Günst der Zuhörer warben. Die Zusammensetzung des Auditoriums war diesen Bemühungen günstig. Einige we- nige bürgerliche Abgeordnete, viel bürgerliche Presse, und im Zuhörerraum fast nur bürgerliches Publikum. Nicht auf die exakte Beantwortung der ihnen gestellten Fragen zur Aufdeckung der Wahrheit, sondern auf die Wirkung auf die Mentalität dieses Zuhörerkreises, und darüber hinaus auf die breite Öffentlichkeit, die jetzt von der bürgerlichen Presse im Geiste der alten Zeit bearbeitet wird, kommt es den Bethmann und Zimmermann an. Sie fühlen sich als Volk- stiker, nicht als Angeklagte, und die Verwirrungsphrasen, die eine amtlich abgestempelte Presse während des Krieges in die Massen trug, gehen ihnen leicht wie ehemals von den Lippen.

Bethmann Hollweg war der Meister der Verwirrungs- phrase, das ging aus der heutigen Bernehmung klar hervor. Geistig ist er seinen Mitarbeitern entschieden überlegen. Er dirigiert diese auf Verwirrung und Vertuschung abgestellte Komödie auf die Seite der Angeklagten. Geschickt deckt er seine Mitarbeiter, und immer, wenn Zimmermann oder Bernstorff ein zu deutliches Wort fallen läßt, weicht er es wieder in einen Nebel von Redensarten einzuhüllen. Dies dem alten Regime unbecuemen Aufdecken durch einer unübersichtlichen Nebel von Kalkulationen, Betrachtungen/ Redensarten einzuhüllen und so dem Blick der Öffentlichkeit zu entziehen, das ist das Ziel, das dieser Meister der Unehrlichkeit verfolgt.

Er hat nie etwas gesehen. Daß sein Mitarbeiter Zim- mermann die Presse so anlog, daß Herr Georg Bernhard noch heute darüber sich aufregt, daß der infame Schwindel mit den belgischen Akten über den angeblichen Neutralitäts- bruch Belgiens inszeniert wurde, davon hat er nichts ge- sehen. Das waren alles Kleinigkeiten. Ein wenig Lüge und Fälschung mehr. Wer daran schuld ist, weiß er nicht. Wir hatten ja so viel Mitarbeiter.

Die Schuld dieser Leute trat heute deutlich zutage. Die Militärs waren brutal und grausam und größenwahnsinnig, die Zivilregierung niederrüchsig verlogen. Während jene die Friedensmöglichkeit mit der gepanzerten Faust zer- schlugen, durchkreuzte diese sie durch ihre hinterhältige Politik. Zwar wehren sich jetzt die Bethmann und Zim- mermann gegen den Vorwurf des Doppelspiels. War es kein Doppelspiel, daß am 1. Oktober der Reichskanzler Hinden- burg mitteilte, man werde ein Friedensangebot machen, um nach der Ablehnung den verschärften U-Bootkrieg führen zu können, und daß gleichzeitig Wilson zu einer Friedens- aktion aufgefordert wurde? War es kein Doppelspiel, daß man Wilson ohne jede Kenntnis der eigenen Friedensaktion einer Anzahl besonders vertrauenswürdigere Pressever- treter erzählte, der Frieden „drohe“ durch Wilson, und man suchte durch das eigene Friedensangebot die Wilsonsche Friedensaktion zu durchkreuzen? War es kein Doppelspiel, daß Herr Zimmermann, wie er jetzt versichert, im Grunde genommen gerade das Umgekehrte wollte?

In diesem Zusammenhang ein Wort über die bürgerliche Presse. Herr Georg Bernhard versicherte, daß die Presse- informationen durch die Regierung der Presse nur zur Be- urteilung der Gründe der Regierung gedient hätten, aber nicht, um nun in diesem Sinne zu schreiben. Das ist die- selbe Vertuschungstaktik, die Bethmann übt. Was die Re- gierung früh 11 Uhr der Presse mitteilte, stand fast wortwör- tlich am Abend in der bürgerlichen Presse, und wenn es der- tollste Schwindel war. Und wenn eine Zeitung es wagte, auf Grund der Mitteilung der Regierung eine eigene Mei- nung zu vertreten, flog ihr Vertreter aus der Pressekonferenz heraus. Herr Georg Bernhard wird die bürgerliche Presse ebensowenig von der ungeheuren Schuld entlasten, die sie als freiwilliges Werkzeug der amtlichen Politik während des Krieges auf sich geladen hat, wie Bethmann Hollweg sich und seine Mitarbeiter.

Schuldig sind sie alle. Die heute Untersuchungsrichter spielen, sind die Mitschuldigen derer, die heute quaft als Angeklagte vor ihnen stehen. Die Angeklagten wissen das nur zu gut und nutzen es aus. Als Herrn von Bethmann Hollweg die Grausamkeiten der belgischen Deportationen

Die Entente verlangt Ausführung des Friedensvertrages.

Unersättliche Friedensbedingungen.

Berlin, 4. November. W. L. V. meldet: Gestern wurde der deutsche Friedensdelegation in Paris eine Note des Obersten Rats überreicht. Die Note läßt aus, daß, da drei der assoziierten und alliierten Hauptmächte der Vertrag ratifiziert haben, der in den Schlussbestimmungen des Friedensvertrags vorgesehene Zeitpunkt zur Aufstellung des ersten Protokolls gekommen sei. Die deutsche Regierung werde gebeten, daran teilnehmen zu wollen. Da jedoch von diesem Tage an der Vertrag in Kraft tritt und die Fristen laufen, so habe der Oberste Rat beschlossen, das Proto- koll erst dann aufzustellen, wenn die Ausführung der Deutsch- land durch das Waffenstillstandsabkommen übertragenen Ver- pflichtungen genau in einem zweiten Protokoll präzisiert sei. Deutschland habe aber eine Anzahl der ihm auferlegten Verpflich- tungen nicht erfüllt. Es ließe sich noch Lokomotiven und Wä- ge u. u. liefern. Die auf russischem Gebiet befindlichen deut- schen Truppen seien noch nicht zurückgezogen. Die vollständigen Verzeichnisse der von den Deutschen beschlagnahmten Gelder und Werte seien noch nicht übergeben. Man habe die deutschen Schiffe in Scapa Flow zerstört. Auch in anderen Punkten, die einzeln aufgeführt sind, habe Deutschland seine Pflichten nicht oder nicht voll erfüllt. Der Oberste Rat hat infolgedessen eine Reihe von Strafbestimmungen aufgestellt, darunter die Auslieferung von fünf leichten Kreuzern und von 400 000 Tonnen an schwim- menden Dock, Kranen, Schleppern und Wagnern. Auch soll die Be- lagerung der in Scapa Flow versenkten Kriegsschiffe zurückgehalten werden. Für den Fall der Weigerung sind Zwangsmaßnahmen angedroht. Ferner sind bis zum 10. November bevollmächtigte Vertreter nach Paris zu entsenden, die mit den Vertretern der assoziierten und assoziierten Mächte die mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrags erforderliche werdenden Übergangsbestimmungen für die Abnahmungsgebiete usw. zu regeln haben. Der vollständige Text der sehr umfangreichen Note wird am Mittwoch veröffentlicht werden.

(Den Wortlaut der neuen Note veröffentlichen wir unter „Rechte Nachrichten“ Neb.)

Der Zustand Saases hoffnungslos?

Berlin, 5. November. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber das Befinden des Genossen Saase teilt das Berliner Tageblatt mit: Der Zustand Saases gibt von neuem zu den schwersten Bedenken Anlaß. Das Fieber ist von neuem stark angehtigen. Die Schwäche